

Stand: 30.05.2026 22:06:26

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/11441

"Kein Steuerfeldzug gegen die Familie - Schluss mit der Belastungspolitik!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/11441 vom 14.04.2026
2. Beschluss des Plenums 19/11514 vom 15.04.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 74 vom 15.04.2026



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid, Andreas Winhart, Matthias Vogler** und **Fraktion (AfD)**

Kein Steuerfeldzug gegen die Familie – Schluss mit der Belastungspolitik!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass

- die beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartnern in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung nicht abgeschafft wird,
- eine Abschaffung des Ehegattensplittings unterbleibt,
- Familien mit Kindern steuerlich spürbar bessergestellt werden als bislang und hierzu auf Bundesebene ein Familiensplitting geprüft und vorbereitet wird, bei dem das zu versteuernde Einkommen einer Familie auf alle Familienmitglieder verteilt wird,
- auf indirekte Mehrbelastungen von Familien, wie eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, verzichtet wird.

Begründung:

Ehe und Familie stehen nach Art. 6 Abs. 1 Grundgesetz (GG) unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Staatliches Handeln muss Familien daher stärken und darf sie nicht zusätzlich belasten.

Die von der Bundesregierung diskutierten und z. T. schon geplanten Reformen ergeben jedoch ein beunruhigendes Gesamtbild. Die Infragestellung der beitragsfreien Mitversicherung von Ehegatten in der gesetzlichen Krankenversicherung, die Angriffe auf das Ehegattensplitting sowie das fehlende klare Nein zu einer Erhöhung der Mehrwertsteuer lassen erkennen, dass Familien zunehmend unter finanziellen Druck geraten.

Jedoch dürfen die Folgen jahrelang verschleppter Strukturprobleme in den Sozialversicherungen nicht auf Familien abgewälzt werden. Zahlreiche Experten und Fachverbände verweisen darauf, dass die Ursachen der finanziellen Schiefelage vor allem auf der Ausgabenseite liegen und tiefgreifende Strukturreformen erforderlich sind. Statt diese anzugehen, werden erneut diejenigen belastet, die schon heute in besonderem Maße Verantwortung für unsere Gesellschaft tragen.

Auch die arbeitsmarktpolitische Begründung überzeugt nicht. Weder der Abbau familienbezogener Entlastungen noch eine eigenständige Versicherungspflicht führen automatisch zu mehr Vollzeitbeschäftigung. Grundsätzlich ist die Fachkräfte-Argumentation sowohl bei der Migrations- als auch bei der Arbeitsmarktpolitik hinfällig. Im Januar 2026 waren 3,085 Millionen Menschen arbeitslos, die Zahl der offenen Stellen sank auf 598 000 und laut ifo Institut klagten im Februar 2026 nur noch 22,7 Prozent der Unter-

nehmen über Fachkräftemangel. Zugleich verändert die Künstliche Intelligenz den Arbeitsmarkt tiefgreifend. Pauschale Mehrarbeitsappelle gehen, insbesondere bei Müttern von kleinen Kindern, an der Realität, dem Familienalltag und Bedürfnissen der Kinder vorbei.

Besonders lebensfremd und widersprüchlich ist diese Politik generell mit Blick auf Frauen. Sie leisten nach wie vor einen überproportionalen Anteil der unbezahlten Sorgearbeit. Zusätzlicher Erwerbsdruck führt daher vielfach nicht zu mehr Freiheit, sondern zu einer gesundheitlich belastenden Mehrfachverantwortung durch Beruf, Familie und Pflege mit nicht kalkulierbaren Folgekosten.

Auch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer würde Familien besonders hart treffen. Familien müssen einen erheblichen Teil ihres Einkommens für den täglichen Konsum aufwenden. Eine solche Steuererhöhung wäre daher ein weiterer Griff in die Taschen der Familien und sozial wie wirtschaftlich das falsche Signal.

Für viele Bürger entsteht zunehmend der Eindruck, dass die Bundesregierung einen Feldzug gegen die Familie führt. Der Freistaat darf dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen, sondern muss sich auf allen Ebenen klar vor Ehe, Familie und Kinder stellen. Ein gerechter Lastenausgleich lässt sich nur erreichen, wenn Familien mit Kindern im Steuerrecht deutlich stärker berücksichtigt werden. Deshalb soll sich der Freistaat langfristig dafür einsetzen, das Ehegattensplitting zu einem Familiensplitting weiterzuentwickeln. Beispiele aus dem Ausland zeigen, dass eine familiengerechtere Besteuerung möglich ist. Ziel muss ein System sein, das Kinder nicht nur über Freibeträge am Rand berücksichtigt, sondern familiäre Verantwortung insgesamt angemessen anerkennt und spürbar entlastet. Das Familiensplitting ist daher eine sinnvolle steuerrechtliche Regelungsmöglichkeit und darüber hinaus eine verfassungsmäßige Notwendigkeit nach Art. 6 GG, der Ehe und Familie schützt.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid, Andreas Winhart, Matthias Vogler** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/11441

Kein Steuerfeldzug gegen die Familie – Schluss mit der Belastungspolitik!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Franz Schmid

Abg. Andreas Schalk

Abg. Kerstin Celina

Abg. Martin Huber

Abg. Felix Freiherr von Zobel

Abg. Doris Rauscher

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Kein Steuerfeldzug gegen die Familie - Schluss mit der Belastungspolitik!

(Drs. 19/11441)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Franz Schmid das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Franz Schmid (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Was hat diese Bundesregierung eigentlich gegen Familien? Sie will das Ehegattensplitting abschaffen, die Familienversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung kappen, die Beitragsbemessungsgrenzen und die Mehrwertsteuer erhöhen. Was den Bürgern als Entlastung versprochen wurde, bedeutet faktisch eine Mehrbelastung vor allem für Familien.

Genau deshalb sagen wir als AfD-Fraktion heute klar und deutlich: Kein Feldzug gegen unsere Familien! Schluss mit der Belastungspolitik!

(Beifall bei der AfD)

Was derzeit in Berlin diskutiert wird, ist nichts anderes als ein weiterer Angriff auf diejenigen, die ohnehin schon jeden Tag Verantwortung tragen. Selbst wenn es bei der beitragsfreien Mitversicherung von Ehepartnern in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung Ausnahmen für pflegende Angehörige und für Eltern geben soll, ändert das alles nichts am politischen Grundproblem.

Rund 1,6 Millionen sollen wieder einmal zur Kasse gebeten werden. Wir sprechen hier von rund 225 bis 240 Euro pro Monat. Aber erklären Sie einer Familie, in der die Frau aus gesundheitlichen Gründen oder aufgrund anderer Lebensumstände nicht mehr voll arbeitet, einen Minijob hat oder eben nicht mehr arbeiten kann, woher sie plötzlich

240 Euro im Monat nehmen soll. Für uns muss ganz klar gelten: Wer jahrzehntelang Familie, Pflege und Teilzeit getragen hat, darf im Nachhinein nicht bestraft werden.

Wir alle wissen doch, warum unser Gesundheitssystem in der Schieflage ist. Wie viele Ukrainer sind im Bürgergeld bei gleichzeitiger Unterfinanzierung in den Krankenkassen? Wie viele Asylsuchende erhalten Grundversorgung? Auch wenn diese Summen nicht direkt aus der beitragsfinanzierten GKV kommen, bezahlt das am Ende der Steuerzahler. Finden Sie das gerecht? Der Herr Ministerpräsident ist jetzt leider schon wieder nicht mehr da. Jetzt wäre der Moment, Führung zu zeigen, und genau er müsste sich jetzt in Berlin mit Nachdruck endlich entsprechend einsetzen.

Bayern braucht keine lächerliche Selbstinszenierung des Ministerpräsidenten, keine Söderisst-Videos oder Musikvideos und Gesangseinlagen. Bayern braucht endlich ein entschlossenes Handeln in Berlin.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Bayern braucht keine AfD!)

Doch die Wahrheit ist: Sie werden nichts tun. Zu oft haben Sie gezeigt, dass Ankündigungen und Versprechungen folgenlos bleiben und ein echter Einsatz für Familien ausbleibt, wie die Streichung des Kinderstartgelds und des Familiengelds belegen. Erst unter einem AfD-Ministerpräsidenten wird es wieder eine Politik geben, die Familien wirklich stärkt, entlastet und in den Mittelpunkt stellt.

(Beifall bei der AfD)

Das Gleiche gilt für das Ehegattensplitting, das eine bemerkenswerte liberale Eigenschaft hat. Es behandelt nämlich unterschiedliche Rollenkonstellationen in einer Ehe steuerlich gleich; egal, ob sie oder er 6.000 oder 2.000 Euro verdienen.

Der SPD geht es nicht um Gleichberechtigung oder um Wahlfreiheit, sondern um politischen Einfluss und Lenkung, um die Totalmobilisierung der Arbeitskraft.

Sie beklagen ständig eine mentale Dauerbelastung von Frauen durch Kinder und Haushalt, Pflege und Familienorganisation. Wer das ernst nimmt, kann Frauen jetzt nicht zugleich so behandeln, als müssten sie nur endlich mehr und länger arbeiten. Kinder kommen als hoch abhängige, bindungsorientierte Wesen auf die Welt und brauchen kontinuierliche Bezugspersonen. Warum will diese Politik Rahmenbedingungen schaffen, die das Wohl der Kinder und Mütter völlig ignoriert?

Wir sagen ganz klar: Der Staat hat nicht zu bewerten, wie Eheleute ihr Leben organisieren. Der Staat hat nicht zu bestrafen, wenn sich Familien arbeitsteilig organisieren. Der Staat hat schon gar nicht das Recht, jahrzehntelang gewachsene Lebensentscheidungen im Nachhinein steuerlich abzustrafen.

Wenn jetzt über die Abschaffung des Ehegattensplittings diskutiert wird, dann ist das eben keine technische Korrektur, sondern eine handfeste Mehrbelastung für Millionen Ehepaare und Familien. Stattdessen braucht es endlich eine wirkliche Entlastung, die wir seit vielen Jahren fordern.

Familien mit Kindern müssen steuerlich spürbar bessergestellt werden. Genau deshalb ist es richtig, auf Bundesebene ein Familiensplitting einzuführen, bei dem das zu versteuernde Einkommen einer Familie auf alle Familienmitglieder verteilt wird. Schluss mit immer mehr Druck und einer stärkeren indirekten Mehrbelastung von Familien!

Die etablierte Politik hat durch unkontrollierte Migration, miserable Standortbedingungen für Unternehmen und utopische Sozialleistungen für jene, die bisher kaum einen Cent einbezahlt haben, dieses Land fast zugrunde gerichtet. Jetzt soll es die hart arbeitende Bevölkerung wieder richten.

Sie alle müssen doch erkennen, dass hier ganz gezielt Politik gegen die Familien – die Hauptschlagader – betrieben wird. Deshalb fordere ich Sie auf, diese Brandmauer zu vergessen, Sachpolitik zu betreiben und sich gemeinsam auf allen politischen Ebenen für Familien einzusetzen.

Wenn Sie diese Pläne wirklich für falsch halten, dann handeln Sie jetzt. Lassen Sie uns als Bayerischer Landtag gemeinsam Druck in Berlin machen. Stoppen wir diese Belastungspolitik gegen Familien. Bayern darf hier nicht einfach zusehen. Familien tragen dieses Land. Sie verdienen Schutz, Respekt und Entlastung,

(Zuruf von den GRÜNEN)

und keinen Feldzug aus Berlin. Wenn Sie noch nicht wissen, was Sie am Wochenende tun sollen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann kommen Sie am Samstag auf den Königsplatz zum "Marsch fürs Leben". Dort werden Tausende Familien sein, die genau für diese Sachen eintreten.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der nächste Redner ist für die CSU-Fraktion der Kollege Andreas Schalk. Bitte.

Andreas Schalk (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Zeiten sind herausfordernd, und wir brauchen sowohl Reformen unserer sozialen Sicherungssysteme als auch unseres Steuersystems; ich glaube, das ist auch hier unstrittig. Dabei müssen wir Diskussionen über die Expertenvorschläge aus den verschiedensten Bereichen führen.

Es ist richtig und sachlich geboten, dass man all die Vorschläge diskutiert, die Experten in diesem Land zum Teil auch im Auftrag der Politik erstellen. Die politischen Entscheidungen, die wir daraus ableiten, sind dann noch einmal eine ganz andere Frage.

Sie haben in dem Antrag, den Sie heute vorgelegt haben, mehrere Themen angesprochen.

Erstens. Gesetzliche Krankenversicherung und beitragsfreie Mitversicherung. Konkret kann man sagen: Die Finanzkommission Gesundheit der Bundesregierung, ein zeh-

köpfiges Gremium von Gesundheitsökonominnen, Sozialrechtlerinnen und Medizinerinnen, hat hier insgesamt 66 Maßnahmen vorgeschlagen. Eine Abschaffung der Beitragsfreiheit von Ehepartnern ganz allgemein ist jedoch nicht vorgeschlagen.

(Michael Hofmann (CSU): Hört, hört!)

Ich empfehle hier – Sie haben es auch ein wenig eingeschränkt –, einfach nachzulesen, was konkret als Vorschlag vorliegt.

Ich sage noch einmal: Es ist der Vorschlag einer Expertengruppe, die beauftragt wurde, Vorschläge zu erstellen.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Felix Freiherr von Zobel
(FREIE WÄHLER))

Wie wir am Ende damit umgehen, steht überhaupt noch nicht fest. Eine Mehrbelastung für Familien wollen wir aber ganz sicher nicht.

Zweitens. Sie sprechen das Thema Mehrwertsteuererhöhung an. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer wird seit vielen Jahren immer wieder von Experten vorgeschlagen. Das DIW hat erst kürzlich wieder einen Vorschlag für eine Erhöhung von 19 % auf 21 % gemacht. Dass sich ein Finanzminister, den ich hier jetzt wirklich nicht verteidigen muss, solche Vorschläge anhört und in die politische Debatte zur Diskussion einbringt, ist nur sachgerecht und richtig; denn genau das ist es ja, was wir wollen. Wir wollen auf der Basis von Expertenmeinungen Entscheidungen treffen. Auch das halte ich ehrlicherweise noch nicht für einen Skandal, wenn am Ende des Tages eine Mehrbelastung von Familien, von Leistungsträgern und tatsächlich Bedürftigen in unserem Land unterbleibt. Das ist etwas, das die CSU sicherlich auch einfordern wird. Es darf keine Mehrbelastung für Familien, für Leistungsträger und auch für die tatsächlich Bedürftigen in unserem Land geben. Deswegen brauchen wir auch ein gutes Austarieren im neuen Steuersystem.

Wenn wir über eine Steuerreform sprechen, muss man doch auch zulassen, dass wir diskutieren, in welchen Bereichen es überhaupt Ansatzpunkte gibt. Es gibt die Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, es gibt die Mehrwertsteuer. All diese Fragen kann man doch einfach einmal aufwerfen, in den Raum stellen und am Ende daraus ein Gesamtkonzept ableiten, aber Sie würgen diese Diskussion bereits im Keim ab.

(Beifall bei der CSU)

Drittens. Sie haben das Ehegattensplitting angesprochen. Beim Ehegattensplitting ist mir zu kurz gekommen: Sie haben sich nur auf das Ehegattensplitting fokussiert. Das ist aber nur eine Seite der Medaille.

(Zuruf bei der AfD: Ja!)

Die zweite Seite der Medaille ist eine ganz andere, nämlich dass Sozialleistungen und sozialrechtliche Fragen auch vom Status der Ehe oder der eingetragenen Lebenspartnerschaft abhängig sind. So erfolgt zum Beispiel bei Eheleuten eine gemeinsame Betrachtung der Vermögens- und Einkommenssphäre, wenn es um Sozialhilfe geht, wenn es um Wohngeld geht usw. Das heißt, wenn ich anfangs, auf der einen Seite das Ehegattensplitting als eine Art Entgegenkommen und Unterstützung für Eheleute, für Familien zu hinterfragen, muss ich auf der anderen Seite auch konsequenterweise die Sozialleistungen hinterfragen, die damit einhergehen. Das ist unterblieben.

Ich bin mir sicher, ohne es ausrechnen zu können: Wenn man sich anschaut, was das Ehegattensplitting den Staat vermeintlich kostet und was diese gemeinsame Betrachtung von Eheleuten im Sozialen, in der Pflege und auch der häuslichen Pflege, die so oft geleistet wird, dem Staat unter dem Strich bringt, wird garantiert keine Abschaffung erfolgen; denn dann wird es garantiert so sein, dass das Ehegattensplitting deutlich weniger kostet als all das, was Eheleute füreinander an Leistungen erbringen, auf der anderen Seite bringt.

(Beifall bei der CSU sowie des Abgeordneten Felix Freiherr von Zobel
(FREIE WÄHLER))

Im Übrigen haben sich sowohl die Staatsregierung als auch die Christlich-Soziale Union deutlich in diese Richtung geäußert, dass wir einer Abschaffung des Ehegattensplittings ganz grundsätzlich negativ gegenüberstehen. Auch die Idee des Familiensplittings darf ich für unsere Partei in Anspruch nehmen. Wir versuchen seit vielen Jahren, das immer wieder in die Diskussion einzubringen. Das ist ein Ziel, das nach wie vor im Raum steht, aber es ist eben auch immer eine Frage, wohin man in Koalitionen am Ende des Tages kommen kann und was finanziell machbar ist. An dem Ziel halten wir dennoch fest.

Grundsätzlich gilt: Wer Reformen durchführen will – und diese Reformen brauchen wir; ich habe es zu Beginn schon gesagt –, muss auch offen und transparent die Meinung von Fachleuten akzeptieren und diskutieren. Unsere Systeme im steuerlichen und im Sozialbereich sind komplex. Deshalb müssen auch die Diskussionen die notwendige fachliche und sachliche Tiefe haben. Wer solche Diskussionen von vornherein abwürgt oder unterbinden will, wird der Komplexität der Aufgabe, für die wir alle in Parlamente gewählt wurden, am Ende nicht gerecht.

Bei den politischen Entscheidungen muss klar sein: Familien stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Dazu stehen wir. Familien sichern die Zukunft unseres Landes und stabilisieren unsere Gesellschaft; auch das ist uns mehr als bewusst. Das weiß die CSU. Dafür brauchen wir auch keine Nachhilfe von der AfD in Form der Vorlesung des Vorredners.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächste Rednerin ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Celina. Bitte schön.

Kerstin Celina (GRÜNE): Die AfD behauptet, es gäbe einen Steuerfeldzug gegen die Familien. Ich sage Ihnen, schon die Überschrift ist falsch. Es gibt keinen Steuerfeldzug gegen Familien. Das Ehegattensplitting, das Sie in der jetzigen Form beibehalten möchten, ist kein Familienförderinstrument, sondern ein Gleichstellungshemmnis. Mit Instrumenten der Vergangenheit werden wir die aktuellen und zukünftigen Probleme nicht lösen.

Das Ehegattensplitting – ich sage es sehr deutlich und klar – belohnt das Alleinverdienermodell und bestraft die ökonomische Eigenständigkeit von Frauen. Wer wie die AfD und die CSU heute am Ehegattensplitting festhält, nimmt bewusst in Kauf, dass Frauen auch in Zukunft in der Rentenarmut landen werden,

(Michael Hofmann (CSU): Quatsch!)

dass Fachkräfte knapp bleiben und im aktuellen demografischen Wandel – wenig Junge und viele Ältere – die finanziellen Belastungen von Frauen und Familien verstärkt werden. Ohne sozialversicherungspflichtige Beschäftigung entstehen den Frauen keine eigenen Rentenansprüche. Ökonomische Abhängigkeit von heute ist die Altersarmut von morgen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Felix Locke (FREIE WÄHLER))

Ich sage es deutlich: Wir leben inzwischen im Jahr 2026. Immer mehr Menschen sind von Altersarmut bedroht, während immer weniger Erwerbstätige für die Stabilität unseres Systems sorgen. Sie antworten darauf alle beide mit Rezepten aus dem letzten Jahrhundert. Das ist nicht konservativ, das ist verantwortungslos.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Politik trifft die Falschen, nämlich Frauen, die mehr arbeiten wollen und in der Teilzeitarbeitsfalle stecken. Junge Familien, die steigende Kosten schultern müssen, und Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen sind diejenigen, die die Lasten Ihrer

Vorschläge tragen. Gleichzeitig entlasten Sie diejenigen, die es am wenigsten nötig haben. Ihre Steuerpolitik – explizit in Richtung der AfD – schützt große Vermögen und verschärft Ungleichheit. Wenn die AfD regieren würde, würde das Leben für Familien noch teurer und eben nicht günstiger;

(Widerspruch bei der AfD)

denn Sie setzen weiter auf fossile Energie, auf teures Öl und Gas. Wer heute noch von billiger fossiler Energie träumt, ignoriert die Realität; denn klar ist: Bezahlbare Energie ist eine der zentralen finanziellen Fragen für viele Familien. Wer Energie verteuert, verteuert das Leben besonders für Familien und Rentner:innen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der AfD: Das seid doch ihr, die die Energie verteuern!)

Moderne Familien wünschen sich etwas ganz anderes: Sie wünschen sich verlässliche Betreuung, gute Bildung, berufliche Chancen für ihre Kinder, ambulante und stationäre bezahlbare Modelle für hilfs- und pflegebedürftige Familienmitglieder. Eine zukunftsfähige Familienpolitik würde deshalb Einkommen stärken, Gleichstellung endlich durchsetzen, Vermögensaufbau ermöglichen, Lebenshaltungskosten senken und Risiken gerecht verteilen. Deswegen gilt: Gute Familienpolitik schafft Unabhängigkeit und nicht Abhängigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Einführung eines Familiensplittings – auch das explizit in Richtung der CSU gesagt – wäre ebenfalls fatal. Das Familiensplitting bringt nämlich den Familien, die wenig verdienen und eh wenig Steuern bezahlen, gar nichts, sondern stärkt vor allem die Familien, in denen ein potenter Großverdiener mit vielen Kindern seine Steuerlast auf nahezu null drücken kann.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das stimmt doch gar nicht!)

Familienplitting heißt in der Konsequenz mehr Vorteile für Wohlhabende und leere Versprechen für andere. Die AfD-Familienpolitik ist nicht familiengerecht, sie ist sozial ungerecht. Bei der demografischen Realität unseres Landes gilt: Wir brauchen Lösungen für die Zukunft und nicht Ideologien der Vergangenheit. Ihre Familienpolitik kostet viel Geld, reduziert Chancengleichheit und verhindert mehr Gleichberechtigung. Deshalb sage ich klar: Wer Familien stärken will, muss Frauen stärken. Wer Gleichberechtigung verhindert, verhindert soziale Sicherheit. Wer an überholten Modellen festhält, verspielt die Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir haben zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung, zunächst der Kollege Schalk. Bitte schön.

Andreas Schalk (CSU): Frau Kollegin Celina, wo im Gesetz steht denn, dass beim Ehegattensplitting die Frau in der Partnerschaft weniger verdienen muss? Ich habe das nicht gefunden. Meiner Kenntnis nach steht das auch nicht im Gesetz.

Meine zweite Frage wäre: Inwiefern verhindert das Ehegattensplitting die Mehrarbeit für Frauen? Auch da ergibt sich für mich aus der Gesetzeslage keinerlei Konsequenz, sondern das Gesetz sieht lediglich vor, dass zwei Eheleute gemeinsam einen Durchschnitt ihrer Einkünfte bilden können. Wenn sie gleich viel verdienen, ist das Ehegattensplitting auch unschädlich. Haben Sie sich da jetzt verhauen? Erklären Sie mir bitte einmal, wie Sie auf diese Schlussfolgerungen kommen.

Kerstin Celina (GRÜNE): Herr Schalk, Sie sind doch kein Neuling. Jetzt wundere ich mich schon ein wenig über Ihre Frage, weil das Gesetz ein Ziel hat. Das Ziel ist, dass ich die Frauen, die nicht arbeiten, absichern will. Dagegen habe ich gar nichts.

(Michael Hofmann (CSU): Wo steht das? Es geht um einen Partner!)

– Jetzt lassen Sie mich gefälligst ausreden, ich bin dran.

(Michael Hofmann (CSU): Sie erzählen Mist!)

Ich sage Ihnen: Sie müssten danach mal sehen, wie das Gesetz in der Praxis umgesetzt wird und was die sozialpolitischen Folgen sind.

(Michael Hofmann (CSU): Sie sind ideologisch total verbrämt!)

Wir haben Studien über Studien, dass die Rentenarmut von Frauen daran hängt, dass sie über das Ehegattensplitting keinen Anreiz bekommen zu verdienen.

(Michael Hofmann (CSU): Nein, das ist doch Quatsch! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Genau daran liegt es.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Sie sind aus dem vorigen Jahrhundert! Ein Frauchen, das sich nicht gegen den Mann durchsetzen kann? Wo sind wir denn?)

– Ich bin nicht aus dem letzten Jahrhundert. Ich bin 1968 geboren, aber wahrscheinlich moderner als Sie.

(Widerspruch bei der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich bitte, die Zwiegespräche einzustellen, und würde Herrn Huber von der AfD-Fraktion für seine Zwischenbemerkung aufrufen.

Martin Huber (AfD): Werte Kollegin, ich muss mich schon fragen, was Sie von sich geben.

(Unruhe)

Kerstin Celina (GRÜNE): Ich verstehe Sie akustisch nicht.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Würden Sie bitte noch einmal beginnen?

Martin Huber (AfD): Werte Kollegin, noch einmal: Ich muss mich schon wundern, was Sie gesagt haben. Wer ist denn schuld, dass die Familien arm werden? Sie sprechen davon, Einkommen zu stärken. Wer hat denn die Steuerlast geschaffen? Wer hat das alles denn gemacht, diese blöde Energiewende, dass die Familien die Stromkosten und die Energiekosten nicht mehr zahlen können? Wer ist denn schuld? – Sie sind schuld, und dann reden Sie von der Familie.

Wissen Sie, was wir sagen? – Intakte Familie, intakter Staat. In den ersten drei Jahren werden die Kinder von den Eltern geprägt. Sie machen die Familien arm, drehen es um, und wir sollen schuld sein. Reden Sie wirklich einmal mit den Müttern, aber anscheinend sind Sie nur in einer grünen Blase und wissen gar nicht, was draußen Realität ist. Es ist entsetzlich, was Sie da sagen. Ich hoffe, dass die Leute es hören. Sie haben uns in die Situation gebracht, dass die Bevölkerung, wie wir jetzt da sind, dass die Familien geschwächt werden. Sie sind schuld, nicht die CSU und nicht die AfD, sondern Sie, die Roten und die Grünen. Das muss man immer wieder sagen, damit die Leute das erfahren. Es ist bodenlos, was Sie machen.

(Beifall bei der AfD)

Kerstin Celina (GRÜNE): Also, wenn Sie so weitermachen, bekommen Sie einen Herzinfarkt. Ich habe die Ersthelferausbildung, ich helfe Ihnen dann gerne.

Aber um jetzt mal wieder ruhig runterzukommen, halte ich Ihnen eines zugute: Sie waren 2013 noch nicht im Bayerischen Landtag, als die CSU die erneuerbaren Energien massiv blockiert hat. Diese Entscheidung ist bis heute eine der Entscheidungen, die das Leben für ganz viele Menschen in Bayern teurer macht, weil nämlich Nebenkosten, Heizung, Tanken, Energie einfach teurer sind.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist an den Haaren herbeigezogen! – Michael Hofmann (CSU): An den Fakten vorbei!)

Das gilt für alles, was danach, ab 2018 kam. Schauen Sie sich Ihre Energiepolitik an. Wir sehen heute an den Tankstellen, beim Heizen, beim Ölpreis, in welche finanzielle Abhängigkeit uns alle und insbesondere Menschen mit wenig Geld Ihre Energiepolitik geführt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Ihr wolltet schon vor zwanzig Jahren, dass der Sprit fünf Mark kostet!)

Darf ich gehen?

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Jederzeit. – Nächster Redner ist Kollege von Zobel für die Fraktion der FREIEN WÄHLER, bitte.

Felix Freiherr von Zobel (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Der Dringlichkeitsantrag der AfD trägt einen sehr martialischen Titel: "Kein Steuerfeldzug gegen die Familie." Der Begriff "Feldzug" zeigt ganz gut, wes Geistes Kind die AfD ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dazu kommt dann noch ein sehr wildes Tuttifrutti aus Unterstellungen, sehr vielen Vereinfachungen und politischer Stimmungsmache. In dieses wilde Tuttifrutti haben Sie dann auch noch Krankenversicherungen, die Einkommensteuer, die Mehrwertsteuer, den Arbeitsmarkt, Künstliche Intelligenz und Frauenpolitik gemischt. Aber einen konstruktiven Beitrag zur Familienpolitik sehe ich da ehrlich gesagt nicht. Deshalb möchte ich noch mal betonen: Ehe und Familie stehen für die FREIEN WÄHLER nicht zur Debatte, und das Grundgesetz schützt sie in besonderer Weise.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die FREIEN WÄHLER sagen ausdrücklich, dass das Ehegattensplitting ein schützenswerter Bestandteil unseres Steuersystems ist. Ich danke auch der Staatsregierung,

die sich mehrfach mit bayerischen Bundesratsinitiativen für den Erhalt eingesetzt hat und Ihren Antrag damit unnötig macht.

Mit Ihrem Antrag tun Sie so, als stünde eine Abschaffung unmittelbar bevor. Er reduziert komplexe sozial- und steuerpolitische Fragen auf einfache Schlagzeilen. Das ist keine verantwortungsvolle Politik. Familien brauchen keine Angstkampagne, Familien brauchen echte Unterstützung, zumindest im Alltag. Die Familien, die ich kenne, die Familien aus dem Landkreis Cham, wollen das auf jeden Fall haben. Da setzen wir an. Wir investieren in Kinderbetreuung und Bildung, mit einer Politik, die Familien stärkt, statt sie gegeneinander auszuspielen.

Das Fazit ist deshalb klar: Konkrete Forderungen werden in dem Antrag nicht genannt. Maximale Empörung soll erzeugt werden, und deshalb lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die SPD-Fraktion: Frau Kollegin Rauscher, bitte.

Doris Rauscher (SPD): Sehr verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Dringlichkeitsantrag ist wieder einmal ein klassisches Beispiel für das Prinzip der AfD: Angst machen und Parolen liefern. Mehr können Sie nicht. Sie sprechen von einem Steuerfeldzug gegen die Familie. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Dieser Feldzug existiert nur in Ihrer politischen Erzählung.

(Widerspruch bei der AfD)

Sie arbeiten mit bewusster Verunsicherung von Familien in unserem Land. Das ist alles andere als seriöse Politik.

Ja, die Bundesregierung diskutiert, wie wir unsere Sozialversicherungen langfristig stabilisieren können. Es wird diskutiert, welche Leistungen noch zeitgemäß sind und welche von der Lebensrealität der Menschen schon längst überholt sind.

(Zuruf von der AfD)

Das ist verantwortungsvolle Politik und kein Angriff auf Familien. Deutlich wird das zum Beispiel beim Ehegattensplitting. Eingeführt wurde es von Konrad Adenauer in einer Zeit, in der ein Familienmodell dominierte: Der Vater arbeitete, die Mutter war zu Hause für alle anderen Arbeiten und für die Kinder zuständig. Die Realität heute sieht aber doch anders aus. Viele Familien wollen partnerschaftlich leben und arbeiten. Genau deshalb diskutieren wir auch Reformen: nicht gegen Familien, sondern für mehr Gerechtigkeit und auch für mehr Gleichstellung,

(Beifall bei der SPD)

zum Wohl von Frauen, zum Wohl von Familien und letztendlich auch zum Wohl von Kindern.

Die AfD hingegen verteidigt hier wie immer ein System, das vor allem einseitige Rollenbilder und eine bestimmte Lebensform zementiert. Die AfD weiß in ihrem Dringlichkeitsantrag selbst nicht wirklich, was sie eigentlich will: Ehegattensplitting oder doch die Reform und die Einführung eines Familiensplittings oder irgendwie vielleicht auch beides?

Ihr nächstes Schreckgespenst ist die Mehrwertsteuer. Es gibt dazu keine konkrete Maßnahme, keinen Beschluss, nichts! Aber Sie warnen schon vor dem großen Griff in die Tasche der Familien. – Das ist Ihr Muster: Probleme erfinden, zuspitzen, emotional aufladen, keine echten Lösungen anbieten, diffuse Ängste schüren. Das ist Ihr Ding.

(Widerspruch bei der AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Familien verdienen eine Politik, die ehrlich ist, die Probleme nicht erfindet, sondern löst. Wir als SPD stehen seit jeher für eine moderne, gerechte und verantwortungsvolle Familienpolitik, und deshalb lehnen wir Ihren Dringlichkeitsantrag mit aller Klarheit ab.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf der Drucksache 19/11441 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Bei Gegenstimmen der CSU-Fraktion, der Fraktion der FREIEN WÄHLER, der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist dieser Antrag abgelehnt. Stimmenthaltungen? – Es gibt keine.